

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/03/2009
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 28.04.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Standort Kinder- und Jugendbüro
Auswirkungen auf Raumprogramm und Angebote des Kultopia
5. Bündnis für Familien
6. Bebauung Ergster Weg im Nahbereich der Evangelischen Jugendbildungsstätte Berchum
7. Haushaltsplanentwurf 2009
 - Ergänzung/Zusatz zum TOP "Haushaltsplanentwurf 2009"
 - Erster Statusbericht zur Einführung der Neuen Steuerung in der Stadtverwaltung Hagen (10.03.2009)
8. Stellenplan 2009 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0299/2009
9. Offene Ganztagschule in Hagen
 - A. Mögliche Ausweitung der Angebotsplätze
 - B. KüchenpersonalVorlage: 0304/2009

10. Stand der Umsetzung des KiBiz
Hier: U.a. Situation AWO-Kitas, Errichtung einer Kita im Märchenwald
11. Kindertagespflege in Hagen
Vorlage: 0301/2009
12. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0298/2009
13. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW
hier: Anerkennung der Jugendhilfe Selbecke gGmbH als freier Träger der Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII
Vorlage: 0349/2009
14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer stellt fest, dass die Tagesordnung unverändert bestehen bleibt.

2. Mitteilungen

Herr Strüwer erklärt zum Konjunkturprogramm II, dass der Jugendhilfeausschuss hierzu verschiedene Punkte aufgelistet habe, die er bei den zu beantragenden Maßnahmen wiederfinden wolle. Die Vorlage dazu werde dann in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschuss am 12.05.09 beraten.

Dr. Schmidt erklärt, dass man am heutigen Morgen die Liste der Punkte im Verwaltungsvorstand diskutiert habe, die man der Politik vorstellen wolle. Es sei jedoch noch eine Änderung des § 104 des Grundgesetzes durchzuführen, bevor Mittel des Konjunkturprogrammes breit gestreuter in der Kommune eingesetzt werden könnten. Der Förderbescheid über 26,7 Millionen Euro läge vor. Die Grundgesetzänderung sei im Juli 09 geplant. Im Kindergartenbereich habe bis auf eine Ausnahme keine Maßnahme eingeplant werden können. Das läge daran, dass man in diesem Bereich noch keine konkreten Planungen vorliegen habe. Die Maßnahmen müssten im Jahr 2010 abgeschlossen sein. Daher stünde man ein wenig unter Zeitdruck. Des Weiteren habe man keine Maßnahmen Dritter in die Liste aufgenommen. Diese Entscheidung müsse auch in der Sondersitzung des Jugendhilfeausschuss am 12. Mai diskutiert werden.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es wichtig sei, dass dem Jugendhilfeausschuss zum Konjunkturpaket II neben denen von städtischer Seite auch die von dritter Seite beantragten Projekte zur Kenntnis vorlägen. Es sei die Verpflichtung des Jugendhilfeausschusses, sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen und eine ausgewogene Entscheidung zu treffen.

Herr Goldbach erinnert daran, dass die Einbringung der Vorlage zum Kinderspielplatz Düppelstraße in dritter Lesung noch ausstehe. Man habe das zurückgestellt, weil seinerzeit ein Investor Interesse am Erwerb des Grundstücks geäußert habe. Das habe sich derzeit nicht konkretisiert. Der Vorgang ruhe zurzeit. Er wolle dem Ausschuss den Vorschlag machen, die Vorlage nicht weiter zu verfolgen. Unabhängig von dem möglichen Erlös des Grundstückes sei man nach Prüfung des Zustandes des Kinderspielplatzes Dreieckstraße, der 350 m

weiter bergauf in zentralerer Lage sei, zu dem Schluss gekommen, dass es sinnvoller sei, das Geld an dieser Stelle zu investieren. Diese Maßnahme sei für das Konjunkturprogramm II angemeldet. Das Stadtteilforum sei auch damit einverstanden.

Herr Strüwer stellt fest, dass der Ausschuss mit diesem Vorschlag von Herrn Goldbach einverstanden ist.

Herr Fischer lädt alle Interessierten zum Thema „Mittagessen in den Ganztagsgrundschulen“ für Donnerstag, 17.00 Uhr in die Janusz-Korczak-Schule ein. Minister Laumann werde zugegen sein. Das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ stehe auf der Kippe. Man wolle die Gelegenheit nutzen, dem Minister zu zeigen, wie man im Moment arbeite und dass die Landesregierung gut damit beraten sei, das Programm weiterzuführen. Es seien auch Vertreter der Stadt Hagen eingeladen.

Herr Schurgacz berichtet, dass der katholische Gemeindeverband übermorgen eine Betriebsträgersgesellschaft für die katholischen Tageseinrichtungen in Hagen gründen werde. Nach und nach würde man dann warten, dass sich die Kirchengemeinden freiwillig dem Verband anschließen und die Kindergärten in die Träger GmbH übertragen würden.

Dr. Schmidt möchte wissen, ob die Information richtig sei, dass der Ansprechpartner in allen Angelegenheiten der Kindergärten der katholischen Kirche zukünftig in Paderborn sitze.

Herr Schurgacz erklärt, dass das nicht richtig sei. In der Regel sei es so, dass die Kirchengemeinden rechtlich selbständig seien. Diese hätten dem Gemeindeverband in seiner Person das Mandat gegeben, diese Verhandlungen für diese vor Ort zu führen.

Herr Steuber informiert zum Stand der Einrichtung einer Kinderschutzambulanz, dass am Tag nach dem Ratsbeschluss vom 26.03.09 ein Gespräch mit der Verwaltungsleitung des Allgemeinen Krankenhauses geführt worden sei. Das Gespräch habe ergeben, dass die Bereitschaft bestünde, in Kooperation mit dem vorgesehenen freien Träger eine Trägerschaft für die Kinderschutzambulanz zu übernehmen. Er habe den Kämmerer gebeten, die benötigten Finanzmittel für einen zu schließenden Vertrag zur Verfügung zu stellen.

Herr Koslowski weist auf zwei ausgelegte Fleyer über Projekte des Caritasverbandes hin.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Caliskan berichtet, dass in diesem Jahr das zweite Handyfilmfestival stattfinde. Herr Fischer habe den Jugendrat gebeten, als Kooperationspartner einzusteigen. Man habe beschlossen, 300,- € für das Preisgeld zu spenden. Die Ruhrtalflöße lägen am Harkortsee und würden nicht benutzt. Man überlege zurzeit, was mit den Flößen geschehen solle. Wahrscheinlich überließe man

diese dem Canu-Club, halte sich aber eine Nutzungsoption offen. In der letzten Woche habe eine Graffiti-Aktion in der Gesamtschule Haspe stattgefunden. Der Pressetermin hierzu sei am nächsten Wochenende.

4. Standort Kinder- und Jugendbüro Auswirkungen auf Raumprogramm und Angebote des Kultopia

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer berichtet über die Entwicklung in dieser Angelegenheit. Nach dem Mehrheitsbeschluss im Rat solle das Kinder- und Jugendbüro samt Jugendräten im Kultopia untergebracht werden. Er bittet die Verwaltung, darzulegen, wie zum Beispiel Veranstaltungsprogramme und Konzeptionen unter den neuen Bedingungen verändert bzw. nicht mehr verwirklicht werden könnten.

Dr. Schmidt beschreibt die verschiedenen Möglichkeiten. Derzeit würden noch andere Optionen geprüft. Eine adäquate Lösung von Seiten des Fachbereiches gäbe es nicht. Man stehe unter Zeitdruck, weil die Verbraucherberatung den Mietvertrag zum Sommer gekündigt habe.

Herr Strüwer ist erstaunt, dass entgegen des Ratsbeschlusses scheinbar über neue Unterbringungsmöglichkeiten nachgedacht werde.

Herr Dr. Schmidt weist auf die Zuständigkeit der Immobilienverwaltung in dieser Angelegenheit hin. Er verstehe die Anmerkung von Herrn Strüwer in die Richtung, dass dieser ihn auffordere, den Ratsbeschluss trotz entsprechender Einschränkungen umzusetzen.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es Wunsch des Jugendhilfeausschusses gewesen sei, Änderungen nur unter den genannten zwei Bedingungen vorzunehmen. Der Jugendrat sei bisher nicht beteiligt worden. Er wünschte sich, dass in dieser Phase rechtzeitig das Gespräch mit den Beteiligten geführt würde.

Frau Caliskan äußert ihre Verwirrung. Der Jugendrat habe eine Stellungnahme abgegeben, dass die Unterbringung im Kultopia nicht denkbar sei. Sie bäte um Aufklärung, wie genau der Stand der Überlegungen sei.

Frau Köppen äußert ebenfalls ihr Unverständnis über die Entscheidung, die im Rat gefallen sei. Man sei in ihrer Fraktion der Meinung, dass der Ratsbeschluss nicht umgesetzt werden könne. Dieser müsse solange ausgesetzt werden, bis ein geeigneter Lösungsansatz gefunden sei.

Herr Dücker erläutert, warum er im Rat dafür gestimmt habe, dass die Verbraucherzentrale im Pavillion untergebracht werden solle. Diese habe seines Erachtens eine sehr wichtige Aufgabe für die Öffentlichkeit. Der Jugendrat sei für Jugendliche natürlich genauso wichtig. Man habe das Gespräch mit den Mitarbeitern des Kultopia gesucht. Diese seien nicht begeistert gewesen, den Jugendrat im Kultopia unterzubringen. Er sei enttäuscht, wie jetzt gehandelt werde.

Dies sei auch gegenüber dem Jugendrat nicht fair. Er bittet die Verwaltung, schnell und ehrlich zu sagen, was möglich sei. Eventuell müsse auch mit Kirchengemeinden gesprochen werden, ob dort Räumlichkeiten zu nutzen seien. Er hoffe, dass man in der Sondersitzung des JHA am 12.05.09 zu einer endgültigen Entscheidung komme.

Frau Machatschek teilt mit, dass sie davon ausgegangen sei, dass heute im Verwaltungsvorstand eine Entscheidung hätte fallen sollen. Sie sei überrascht, dass in diese Richtung nichts geschehen sei.

Herr Fischer ist über das Verhalten einiger Ratsmitglieder überrascht. Er kann der Argumentation von Herrn Dücker nicht folgen. Er ist wütend darüber, dass eine Institution wie der Jugendrat betteln müsse, wo er seine Arbeit tun könne.

Frau Klos-Eckermann gibt Herrn Fischer recht. Es sei lange genug bekannt, dass die Verbraucherzentrale aus ihren Räumlichkeiten ausziehen müsse. Es sei nicht so, dass man der Verbraucherzentrale eine höhere Gewichtung zumesse als dem Kinder- und Jugendbüro. Man sei in der Fraktion darüber einig gewesen, dass man auch für diese Institution einen zentralen geeigneten Ort finden müsse. Für diese Suche habe die zuständige Verwaltung seit einem Jahr Zeit gehabt. Die Politiker ihrer Fraktion wiesen die Vorwürfe entschieden zurück.

Herr Steuber ist auch der Meinung, dass diese gesamte Planung und Realisierung nicht gut gelaufen sei. Optimal sei gewesen, wenn die Unterbringung bei der Institutionen gemeinsam als Problem angedacht worden sei. Er sagt in Richtung von Herrn Dücker, dass sich die Verwaltung sehr wohl ernsthaft und intensiv auf die Suche nach einer adäquaten Unterbringung begeben habe. Er beschreibt die Situation im Kultopia bei einer dortigen Unterbringung des Kinder- und Jugendbüros. Auch eine Unterbringung im Rathaus II sei denkbar, aber nicht optimal.

Herr Dücker hält die Unterbringung im Rathaus II für nicht vernünftig. Er gibt Frau Klos-Eckermann dahingehend Recht, dass die Problematik ja seit langem bekannt gewesen sei.

Herr Strüwer fasst die Wortbeiträge zusammen und schlägt vor, die Problematik erneut in der Sondersitzung am 12.05.09 zu diskutieren.

Auf die Frage von Frau Burghardt, wann das Kinder- und Jugendbüro ausziehen muss, antwortet Frau Caliskan, dass es am 08.05.09 ausziehen müsse.

5. Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet über die Neuigkeiten beim Bündnis für Familien.

Die Familienkarte sei nunmehr auf den Weg gebracht worden. Sie beschreibt das Verfahren. Das eingerichtete Servicebüro werde sehr rege genutzt. Zahlreiche Unternehmen seien an einer Teilnahme interessiert.

Die Laufzeit gehe zunächst bis Ende 2011. Sie bittet die Jugendhilfeausschussmitglieder, Familien aufzufordern, die Karte zu nutzen. Es wäre auch hilfreich, wenn die Fleyer über die Schulen verteilt werden könnten. Weiterhin sei auch die Stadt Hagen gefordert, Angebote aus ihrem Bereich in die Karte mit einzubringen. Der Förderverein für das lokale Bündnis habe sich im letzten Jahr gegründet. Das Kuratorium habe sich damals aufgelöst. Sie fände es sinnvoll, wenn die Teilnehmer, die seinerzeit dem Kuratorium angehört hätten, unter anderen auch die Stadt Hagen, nun dem Förderverein beitreten würden.

Dr. Schmidt erklärt, dass es kein Problem sei, die Fleyer über die Schulen verteilen zu lassen. Bezüglich der Mitgliedschaft im Förderverein habe man die Lösung gefunden, dass die Stadt über die Wirtschaftsförderung Mitglied sei. Selbstverständlich werde es städtische Leistungen geben. Die Kollegen der VHS, der Musikschule oder Hagenbad seien alle guten Willens. Im Detail müssten jedoch die Gebührensatzungen geändert werden. Dies sei ein schwieriger bürokratischer Prozess. Er habe sich mit den Institutionen der Stadt Hagen darüber verständigt, Einmalleistungen anzubieten. Dafür müssten die Satzungen nicht geändert werden. Man müsse natürlich auch beachten, dass man nicht auf Einnahmen verzichten dürfe. Dies sei ein Balanceakt, wo eher hinter den Kulissen gearbeitet werden müsse. Er bäte da um Verständnis.

Herr Strüwer bittet, über die Beratungsstellen diese Informationen über die Familienkarte weiterzugeben. Er bedankt sich bei Frau Walter für ihre Ausführungen.

6. Bebauung Ergster Weg im Nahbereich der Evangelischen Jugendbildungsstätte Berchum

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erklärt, dass es im Interesse des Jugendhilfeausschusses sei, an diesem wichtigen Vorgang beteiligt zu werden. Bevor es zu Entscheidungen im Rat oder anderer Stelle komme, wolle dieses Gremium einbezogen werden, um den Sachverstand aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit in die politische Diskussion und Entscheidung mit einzubringen.

Herr Strähler berichtet vom Stand der Angelegenheit. Vor zwei Jahren habe der Rat der Stadt Hagen die Satzung Ergster Weg beschlossen. Die Anwendung dieser Satzung sei vom Oberverwaltungsgericht Münster ausgesetzt worden. Der Rat habe daraufhin die Verwaltung damit beauftragt, anstelle der Satzung einen Bebauungsplan aufzustellen.

Die Satzung selbst sei derzeit im Aufhebungsverfahren. In einer Bürgeranhörung seien die Planungsvarianten des Bebauungsplans vorgestellt worden. Die Offenlage des nördlichen Teiles des Bebauungsplanes werde im Sommer erfolgen. Es gab Überlegungen, die Bebauung weiter auszuweiten. Aktuell sei eine Planung, die zur geplanten Wohnbebauung Abstand zur Jugendbildungsstätte Berchum halte. Durch diese Fläche solle die eventuelle Lärmproblematik gelöst werden.

Herr Strüwer möchte wissen, ob bezüglich der Abstandsfläche Gespräche mit der Jugendbildungsstätte geführt worden seien. Seien diese einvernehmlich zu Ende geführt worden?

Herr Strähler weist auf die Möglichkeit der Anwohner hin, einmal in der Bürgeranhörung und zum Zweiten nach der Offenlegung der Pläne zu Wort zu kommen. Von speziellen Gesprächen mit der ESW sei ihm nichts bekannt.

Frau Burg-Ahrendt als Mitarbeiterin der ESW teilt mit, dass es ihres Wissens in der letzten Zeit keine solche Gespräche gegeben habe.

Herr Strüwer bittet Herrn Strähler, auf die beteiligten Einrichtungen zuzugehen und darzulegen, wie die derzeitigen Vorstellungen seien. Er formuliert das Anliegen, den Jugendhilfeausschuss frühzeitig in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen.

7. Haushaltsplanentwurf 2009

- **Ergänzung/Zusatz zum TOP "Haushaltsplanentwurf 2009"**
- **Erster Statusbericht zur Einführung der Neuen Steuerung in der Stadtverwaltung Hagen (10.03.2009)**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Koch weist daraufhin, dass man ein zweigeteiltes Verfahren abgesprochen habe.

Zum einen gehe es um den Haushaltsplan, für den 20 zuständig sei, und zum anderen um Ziele und Kennzahlen, für die 19 zuständig sei. Er schlägt vor, den Teil „Ziele und Kennzeichen“ vorzuziehen.

Herr Gregull erklärt, dass Ziele und Kennzahlen auch Bestandteil des Haushaltsplanes seien. Man stehe am Beginn einer längeren Entwicklung. Man müsse völlig neue Steuerungskriterien für NKF entwickeln, die für die Verwaltung relevant seien. Es sei jetzt auf den Output zu achten. Mit den Zielen und Kennzahlen werde der Ressourceneinsatz gesteuert. Die Verwaltungssteuerung werde ein wesentlicher Bestandteil sein.

Herr Koch legt dar, dass man sich bei Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 bemüht habe, die Anregungen aus 2008 aufzunehmen und die Darstellung so zu verbessern.

Er weist auf den Vorbericht auf den Seiten 6 und 7 hin.

Bei der derzeitigen Planung erwarte man wie auf den Seiten 10 und 11 dargestellt, für das Jahr 2012 einen Verlust von über 95 Millionen Euro. Bei Planung dieser Zahlen sei die Wirtschaftskrise noch nicht ansatzweise absehbar gewesen. Es werde noch Korrekturen in den verschiedensten Bereichen geben.

Die einzig gute Nachricht sei, dass die Kassenkreditzinsen im Moment sensationell günstig seien.

Auf die Frage von Herrn Haensel nach der Zinsentwicklung weist Herr Koch auf die Ausführungen auf Seite 25 hin.

Für die Stadt Hagen mit einem negativen Eigenkapital in dieser Höhe (siehe Seite 30) würden die strengsten Maßstäbe aus aufsichtsbehördlicher Sicht gelten.

Herr Strüwer schlägt vor, die endgültige Beratung und Verabschiedung des Haushaltes auf die Sondersitzung am 12.05.09 zu verschieben.

Frau Machatschek vermisst Vergleichszahlen zu den Zahlen des Haushaltes 2009.

Herr Koch kann das nachvollziehen, erklärt aber, dass man erst in zwei Jahren Vergleichszahlen habe.

Herr Strüwer schlägt vor, die Teilpläne zur Diskussion zu stellen. Er möchte von der Verwaltung wissen, in welchen Bereichen es zu eklatanten Veränderungen zum vergangenen Jahr gekommen sei.

Herr Reinke möchte wissen, warum es bei den Fördermaßnahmen für Schüler (Teilplan 1.21.42 auf Seite 34) bei Position 11 zu einem solchen Sprung gekommen sei. Bei der Erläuterung sei ein Hinweis auf den Anteil für Honorarkräfte gegeben. Handele es sich hier um eine stille Reserve?

Herr Goldbach erklärt, dass man früher Honorarkosten als Sachkosten gesehen habe. In NKF würden Honorarkosten als Personalkosten ausgewiesen. Außerdem seien durch den Honorareinsatz auch höhere Erträge zu erwarten.

Herr Strüwer macht deutlich, dass dann ja durch die Reduzierung der Sachkosten eine neutrale Kostenentwicklung vorliege.

Frau Kurte fällt auf, dass bei verschiedenen Produkten wie zum Beispiel UVG oder Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen keine Personalkosten ausgewiesen seien. Warum sei das so?

Herr Koch erinnert in diesem Zusammenhang an den kameralen Haushalt, in dem es auch Unterabschnitte gegeben habe, in denen keine Personalkosten ausgewiesen worden seien. Diese seien dann an anderer Stelle zentral gebündelt worden. Er vermutet, dass dies in NKF auch so sei.

Herr Steuber schlägt vor, diese Zahlen für die nächste Sitzung zu liefern. Für den Geschäftsbericht seien die Personalaufwendungen ganz transparent ermittelt worden.

Herr Koch ist auch der Meinung, dass dies bis zum 12. Mai zur JHA-Sitzung geklärt und dann vorgestellt werden solle.

Herr Dr. Schmidt weist auf die Gesamtzahl der Personalaufwendungen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe hin.

Herr Feldhaus möchte wissen, ob die Zinsaufwendungen noch in die Produkte eingerechnet würden.

Herr Koch antwortet, dass die konkrete Zinszuordnung auf verschiedene Bereiche noch nicht realisiert sei. Die seien zurzeit zentral geplant.

Herr Goebels erläutert für den Teilplan 1.36.30 auf Seite 65, warum es bei den Transferleistungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe erhebliche Kostensteigerungen gegeben habe und weiterhin geben werde.

Herr Strüwer erklärt, dass es für den Jugendhilfeausschuss interessant sei, zu sehen, wie sich die 16 Millionen auf die verschiedenen Hilfearten verteilen und zu sehen, wie sich diese im Vergleich zum Vorjahr entwickelt hätten. Er bittet, diese Information zum 12. Mai nachzureichen.

Herr Steuber sichert das zu.

Frau Versteeg-Schulte weist auf einen Anstieg der Aufwendungen im Bereich der Tagespflege hin und erläutert die Hintergründe.

Herr Goldbach erläutert, dass man bei der Gemeindenahen Therapie bei einem Kostendeckungsgrad von 100 % läge. Bei der Darstellung in NKF habe man jedoch eine Differenz in Höhe von 100.00 Euro. Diese beruhe auf zwei verschiedenen Faktoren, die er anschließend erläutert.

Herr Decker möchte wissen, ob es für die Ansätze im kameralen System einen Stichtag gegeben habe, bis zu dem alle Buchungen abgeschlossen sein müssten. Gebe es diesen Stichtag auch in NKF?

Herr Koch erwidert, dass es ein solches Datum, wie die Kameralistik es kannte, nicht mehr gebe. Irgendwann müsse ein offizieller Buchungsschluss verkündet werden. Für die NKF-Jahresrechnung 2008 habe man für den investiven Bereich den Buchungsschluss auf Ende Februar und für den konsumtiven Bereich auf Ende Januar gelegt. Es würden nur noch solche Dinge nachträglich gebucht, die im Rahmen von Abschlussbuchungen noch erforderlich seien. Das Ergebnis werde im Haushaltsplan für 2010 auftauchen.

Auf eine Frage von Herrn Decker erklärt Herr Koch, dass der Gesetzgeber vorsehe, dass der Haushaltsplan verabschiedet und rechtzeitig in Kraft treten müsse. Bei der Aufstellung eines Haushaltsplanentwurfes für 2010 könne nicht schon das Haushaltsplanergebnis für 2009 vorliegen.

Herr Strüwer erklärt abschließend, dass man am 12. Mai im JHA diesen Etatbereich wieder zur Abstimmung stellen werde.

Beschluss:

Der Haushaltsplanentwurf 2009 wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **Stellenplan 2009 für den Fachbereich Jugend und Soziales**
Vorlage: 0299/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert die Vorlage.

Er weist darauf hin, dass Ausweitung der Stelle für die Wohnberatung versehentlich in dem Stellenplan aufgeführt sei. Es handele sich hier um einen Tippfehler. Es gehe hier um die Gruppenleitung im Bereich Hilfe zur Pflege.

Herr Strüwer wundert sich über den Teil des Beschlussvorschlages bezüglich der Umsetzung zum 29.04.09.

Herr Steuber klärt auf, dass dies in Allris erforderlich sei, ein Umsetzungsdatum zu nennen. Bei jeder Vorlage müsse ein solches Datum gesetzt werden.

Herr Feldhaus merkt zur Stellenausweitung im Bereich der heilpädagogischen Ambulanz an, dass er es nicht passend fände, bei einer Erläuterung zu einer Stellenausweitung gleichzeitig im Bereich der Frühfördermaßnahmen mit einer Ablehnungsquote von knapp 30 % hausieren zu gehen. Gleichzeitig würde gesagt, dass diese Stelle durch eingesparte Fördermaßnahmen refinanziert würde. Er halte diese Erläuterung nicht der Problemlage entsprechend.

Herr Steuber kann die Ausführungen von Herrn Feldhaus nachvollziehen. Er bäte jedoch auch für die Verwaltung um Verständnis, dass man nach wie vor durch die Gemeindeprüfungsanstalt und Sanierungs- und Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen unter Druck gesetzt werde, nach Potentialen zu suchen, ohne Rechtsansprüche zu verletzen.

Herr Strüwer stellt fest, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wurde.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

9. **Offene Ganztagschule in Hagen**
A. Mögliche Ausweitung der Angebotsplätze
B. Küchenpersonal
Vorlage: 0304/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Speil erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer wiederholt, dass, für den Fall, dass das Land nur 25 % der Angebote finanziere, auf die Stadt zusätzliche Kosten in Höhe von 100.000 € zukämen, sofern man die 200 als Bedarf festgestellte Plätze einrichten würde. Wenn wie in den vergangenen Jahren seitens des Landes noch zusätzliche Mittel für diejenigen, die mehr als 25 % in ihrem Stadtgebiet anböten, ausgeteilt würden, um wie viele Euro würden sich dann diese 100.000 € reduzieren?

Herr Hermann erklärt, dass durch die Regierung eine Gesamtzahl von 250.000 Plätzen festgeschrieben sei. In den verschiedenen Kommunen gäbe es recht unterschiedliche Quoten. Wenn die Anzahl der beantragten Plätze über 250.000 Plätze hinausginge, käme es zu Kürzungen.

Herr Strüwer entnimmt der Auflistung, dass man in bestimmten Bereichen die Gruppen für den Offenen Ganzttag nicht voll habe, an anderen Stellen enorme Mehrbedarfe vorhanden seien. Zielsetzung müsse sein, dass die zugesprochenen Plätze im Bereich von OGS auch umgesetzt würden. Könne man auch Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Gruppen vornehmen?

Herr Speil erklärt, dass dieser Prozess bereits im Gange sei. Man versuche, die Eltern dahingehend zu steuern. Letztendlich sei es jedoch eine freiwillige Entscheidung der Eltern.

Herr Strüwer entnimmt der Vorlage, dass diejenigen bei der Vergabe von OGS-Plätzen Vorrang haben sollten, wenn beide oder bei Alleinerziehenden einer berufstätig sei/en.
Welche Kriterien würden darüber hinaus noch eingesetzt, wenn es darum gehe, eine begrenzte Zahl von Plätzen an mehr Bewerber abzugeben?

Herr Speil stellt fest, dass die Schulen zukünftig Kriterien dahingehend festlegen müssten. Daran würde auch seitens der Schulaufsicht gearbeitet.

Herr Goldbach beantwortet eine Frage von Herrn Decker bezüglich der Umstrukturierung im Küchenbereich. Außerdem weist er darauf hin, dass eine wie gerade angesprochene Kriterienliste zu Beginn der Einführung von OGS bereits erarbeitet worden sei.

Dr. Schmidt ergänzt, dass 100 % - Förderungen, die von der ARGE angeboten würden, angenommen würden. Man wolle versuchen, eine Größenordnung bei der Stadt zwischen 30 und 70 Personen über diese Förderung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Die Stellen würden

im Stellenplan der Stadt Hagen zwar ausgewiesen, aber durch die ARGE zu 100 % refinanziert. In diese Förderung würden jedoch nur diejenigen kommen, die außerordentlich schwer vermittelbar seien. Da müsse man genau hinschauen, um keine Fehler zu machen.

Herr Fischer ist der Meinung, dass Teil a des Beschlussvorschlages bei fachlicher Betrachtung abgelehnt werden müsse. Man befinde sich in der schwierigen Situation, weil man die Frage der Finanzen mit im Blick haben müsse. Auch wenn die Kriterien bei den Bewerbern vorhanden seien, müsse man sie unter Umständen abweisen, weil man zu wenige Plätze habe. Weil die Stadt Hagen sich in einer finanziellen Notsituation befinden, könnten Grundaufgaben nicht mehr erfüllt werden. Er werde dagegen stimmen, weil er keine Entscheidung gegen Familien und Kinder treffen wolle und könne. Er verstehe jedoch, dass andere dafür stimmen müssten. Man wisse, dass diese Situation untragbar sei, aber es gebe zurzeit keine Lösung. Die strukturellen Probleme müssten gelöst werden, indem sich Land und Bund und Kommunen an einen Tisch setzten.

Dr. Schmidt gibt Herrn Fischer recht. Er weist jedoch darauf hin, dass der gesetzliche Anspruch in Hagen trotz der Haushaltslage voll erfüllt würde. Für 95 % derer, die Offenen Ganztage in Anspruch nehmen wollten, werde das angeboten.

Herr Strüwer erklärt, dass seines Erachtens beide Wortmeldungen richtig seien. Die Stadt Hagen befinde sich landesweit betrachtet im vorderen Viertel derjenigen, die Plätze zur Verfügung gestellt hätten. Viele andere Kommunen würden erst nach und nach diese Quote erreichen, die die Stadt Hagen sehr frühzeitig realisieren konnte. Sicher sei, dass man diese Position nicht über Jahre durchhalten könne.

Herr Fischer macht deutlich, dass er keine Kritik an den bisherigen Schritten äußern wolle, sondern voll des Lobes sei. Man müsse jetzt überlegen, welche Forderungen man in Richtung Land und Bund stellen müsse.

Herr Strüwer lässt getrennt über die Teile a und b des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

zu A.:

Die vom Rat beschlossenen 81 Gruppen in der offenen Ganztagschule im Primarbereich werden nicht ausgeweitet.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: 7Dagegen: 1Enthaltungen: 2**zu B.:**

Der notwendige Ersatz der bisherigen Arbeitsgelegenheiten im Küchenbereich der offenen Ganztagschule im Primarbereich durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bei den Trägern der Jugendhilfe mit einer überwiegenden Personalkostenerstattung durch die ARGE wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Als städtischen Anteil erhalten die Träger der Jugendhilfe als Kooperationspartner pauschal pro Schuljahr und Schule 6.700 €.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: 10Dagegen: 0Enthaltungen: 0

**10. Stand der Umsetzung des KiBiz
Hier: U.a. Situation AWO-Kitas, Errichtung einer Kita im Märchenwald**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte berichtet über die geplante Kindertageseinrichtung im Märchenwald. Der Investor und die in Aussicht gestellte Betreiberin hätten im Januar das Gespräch mit der Fachabteilung gesucht. Es gehe darum, eine Kindertageseinrichtung im Märchenwald zu betreiben. Die Regularien im Rahmen von KiBiz entfielen. Die Finanzierung laufe in Eigenregie. Neben einer Einrichtung in Halden wäre diese die zweite privatgewerbliche Einrichtung in Hagen.

Die Frage von Herrn Schurgacz, ob diese den Bestimmungen der Heimaufsicht unterlägen, wird von Frau Versteeg-Schulte bejaht.

Herr Decker möchte wissen, ob die Stadt Hagen Entscheidungsbefugnis habe, ob die Räumlichkeiten geeignet seien.

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass dies im Rahmen der Betriebserlaubnis überprüft würde.

Herr Feldhaus möchte wissen, um wie viel Plätze es im Märchenwald gehe. Dies habe ja auch Auswirkungen auf die Kindergartenbedarfsplanung.

Herr Dr. Schmidt erklärt dazu, dass der private Betreiber bei Einhaltung der Vorgaben ein Anrecht auf Zulassung habe. Es gehe wohl um zwei bis fünf Gruppen. Man werde die Entwicklung beobachten müssen. Der Markt sei vorhanden, den Private nutzten.

Herr Strüwer macht sich Sorgen bezüglich der Entwicklung der AWO-Kindergärten und bittet um Auskunft über den Stand der Dinge.

Herr Dr. Schmidt verweist auf den letzten Tagesordnungspunkt, in dem die Genehmigung der Anerkennung der Jugendhilfe Selbecke als freier Träger der Jugendhilfe per Dringlichkeitsentscheidung genehmigt werden soll. Die Sache läge in Münster und man erwarte eine recht zügige Entscheidung. Wenn die Anerkennung als freier Träger aus Münster vorliege, würde man der AWO kurzfristig ein entsprechendes Angebot mit einer deutlichen Fristsetzung unterbreiten. Es gebe eine klare Aussage der Zukunftskommission an die Stadt, dass klare Weisung der Bezirksregierung bestehe, diese Zahlungen an die AWO nicht vorzunehmen.

Herr Feldhaus erklärt, dass sich die Position der AWO nicht verändert habe. Er weist noch einmal darauf hin, dass die AWO auf die entsprechenden Mittel angewiesen sei.

Andernfalls wäre es der AWO nicht möglich, die bestehenden Kindergartenplätze in Hagen, die von der AWO betrieben würden, aufrechtzuerhalten. Die AWO steuere jedes Kindergartenjahr ca. 150.000 € an Eigenmitteln dazu, die nicht mehr aufbringbar seien.

Herr Decker merkt an, dass die AWO aus wirtschaftlicher Sicht froh sein könne, wenn sich ein neuer Träger fände, der die Arbeit der AWO ohne Zerstörung der Strukturen erfolgreich weiterführen könne.

Herr Feldhaus entgegnet, dass die AWO davon überzeugt sei, dass diese 150.000 € letztlich in den neuen Träger einfließen. Es sei auch möglich, dass der Eigenanteil für die Stadt als Gesellschafter der BSH noch höher sei. Es sei nicht verständlich, warum der Betreiber dann wechseln solle, obwohl die Stadt keine höheren Ausgaben habe.

Herr Strüwer macht deutlich, dass man sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe, dass man froh sei, wenn die AWO die Arbeit weiterführen könnte. Herr Dr. Schmidt habe gerade deutlich gemacht, in welchen Zwängen sich die Stadt befinde. Dabei spiele auch die Zukunftskommission eine maßgebliche Rolle. In dieser Sache müsse schnellstmöglich eine Entscheidung fallen.

11. Kindertagespflege in Hagen Vorlage: 0301/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Koslowski schlägt vor, eine Ergänzung „unter Einbeziehung der AG 3“ in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Herr Strüwer stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage als Variante 2 dargestellte Lösung **unter Einbeziehung der AG 3** umzusetzen.

Die Umsetzung der neuen Struktur der Kindertagespflege in Hagen erfolgt zum 01.01.2010.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

12. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0298/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Herr Decker weist auf einen Tippfehler im Beschlussvorschlag hin.
Anstelle von dem Datum 01.06.2008 müsste dort der **01.06.2009** stehen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorschlägen zur Gründung von 2 weiteren Familienzentren für Hagen ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 zu.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die ausgewählten Einrichtungen bis zum 01.06.2009 an das Ministerium zu melden.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

13. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW hier: Anerkennung der Jugendhilfe Selbecke gGmbH als freier Träger der Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII**
Vorlage: 0349/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Köppen erklärt ihre Befangenheit und stimmt nicht mit ab.

Herr Feldhaus erklärt, dass die freie Jugendhilfe Selbecke gute Arbeit leiste und man daher auch die Notwendigkeit sähe, dass dieser als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt würde. Man sähe es als unglücklich an, dass die Jugendhilfe Selbecke jetzt als Spielball finanzpolitischer Interessen erhalten müsse. Er geht davon aus, dass die Anerkennung der Jugendhilfe Selbecke als freier Träger noch nicht gleichzeitig die Entscheidung beinhalte, dass eine Kindergartenübernahme erfolge. Als Vertreter der AWO werde er aus den bekannten Gründen nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Jugendhilfe Selbecke gGmbH wird gem. § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 des 1. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (1. AG-KJHG NRW) als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Die Anerkennung kann widerrufen werden, wenn sich ergeben sollte, dass die erforderlichen Voraussetzungen für die Anerkennung gem. § 75 SGB VIII nicht vorgelegen haben bzw. nicht mehr vorliegen.

Der Ausschuss genehmigt die im Wege der Dringlichkeit getroffene Entscheidung vom 03.04.2009.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Herr Reinke erinnert daran, dass die Verwaltung im letzten Jahr mitgeteilt habe, dass Klagen anhängig seien zum Spielplatz an der Berchumer Straße und zum Bolzplatz Eschenweg. Er habe es so verstanden, dass im Frühjahr dieses Jahres Termine dazu stattfänden. Gebe es dazu etwas zu berichten?

Herr Goldbach berichtet, dass zum Bolzplatz Eschenweg Schriftsätze ausgetauscht worden seien. Es gebe noch keinen Termin.
Zum Spielplatz an der Berchumer Straße gebe es einen Ortstermin am 05.05.09.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.10 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Hogrebe
Schriftführerin